

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

26.1.1901 (No. 25)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 26. Januar.

No. 25.

1901.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Februar und März

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 6. Januar 1901 gnädigst geruht, den Vorstand der Realschule in Emmendingen, Professor Dr. Felix Debo, zum Direktor der Oberrealschule in Baden zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 12. Januar d. J. gnädigst geruht, mit Wirkung vom 1. April d. J. den zweiten Beamten der Großherzoglichen Münzverwaltung, Professor Dr. Hermann Kast in Karlsruhe, zur Landesgewerbehalle zu versetzen und demselben dort die Stelle eines wissenschaftlich gebildeten Assistenten zu übertragen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzogthums und der auswärtigen Angelegenheiten vom 21. Januar 1901 wurde der Ober-Postassistent Friedrich Schubert dahier zum Postsekretär ernannt.

Mit Entschliessung des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 10. Januar d. J. wurde Gewerbeschulvorstand Hermann Maier in Lahr dem Großherzoglichen Gewerbeschulrath als Hilfsarbeiter beigegeben.

Nicht-Amtlicher Theil.

Partei-politisches aus Württemberg.

© Stuttgart, 25. Januar.

Rascher als man gedacht hatte, entwickelten sich in der Landespolitik neue Konstellationen. Die Volkspartei, die in den 1895er Landtag als siegreiche Opposition eingetreten war, dann aber, von der feinen Diplomatie Mittnachts an die Leine genommen, der Regierung ein „Dreiviertelvertrauen“ entgegengebracht hatte, will im neuen Landtag, anstatt wieder die Führung der Geschäfte zu übernehmen, in die Oppositionsstellung zurückkehren. Nachdem sie bei der Konstituierung des Hauses den Abgeordneten Payer wieder ungefährdet auf dem ihm lieb gewordenen Präsidentenstuhl untergebracht hatte, ergriff sie die erste Gelegenheit, um die „Klärung“ herbeizuführen. Ihr mit dem besonderen Hinblick auf die Verfassungsrevision gestellter Antrag, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten, war von den anderen Parteien rein sachlich aufgenommen worden. Man hatte zunächst in den Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer solchen parlamentarischen Aktion geschwankt, dann war von wohlinformierter Seite es bereits als zweifellos betrachtet worden, daß man dem Wunsch der führenden Partei entgegenkommen werde, endlich hatten aber doch die zwingenden Gründe, die eine Adressdebatte als völlig aussichtslos erscheinen ließen, die Oberhand behalten. Raum waren diese Gründe in der Kammer von den Fraktionsführern dargelegt, als auch schon die Volkspartei, die die sachlichen Einwände nicht zu widerlegen und selbst keinen Weg zur Lösung der Schwierigkeiten anzugeben vermochte, unter dem Vorwand, einem „schwarzen Kartell“ unter Führung des Centrums gegenüberzustehen, ihre Absehung in die Oppositionsstellung anzeigte. Gleichzeitig kündigte man der Regierung, die man damals noch gar nicht gehört hatte (da sie abwesend war), das Vertrauen; der Sprecher der Partei, C. Hausmann, gab gern zu, daß die Stelle der Thronrede über die Verfassungsrevision verschiedene Deutungen zulasse, aber er beliebe die unrichtigste für die wahrscheinlichste zu erklären, daß nämlich die Regierung eine nur leicht veränderte „Frontveränderung“ vorgenommen habe. In Wirklichkeit hat die Volkspartei die Front geändert. Der Grund liegt in der Konkurrenz der Sozialdemokratie. Die Verdrängung durch die Sozialdemokratie in einer Reihe von Wahlkreisen ist der Volkspartei tiefer nachgegangen, als sie sich äußerlich anmerken läßt. Das Mittel, dem Aufschwungsprozess Einhalt zu gebieten, sieht man in der Rückkehr zur „schärferen Tonart“. Sobald daher feststand, daß man, wie C. Hausmann bemerkte, in den

nächsten sechs Jahren auf die Verfassungsrevision verzichten müsse, war die Schwertung beschlossene Sache; sie wäre ebenso eingetreten, wenn die übrigen Parteien sich auf eine Adressdebatte eingelassen hätten, diese aber, wie unausbleiblich, zu einem negativen Ergebnis geführt hätte. Das Pitante an dem Vorgang ist, daß, während man die Sozialdemokratie belobt für ihre Unterstützung des volksparteilichen Antrags, die neue Taktik der Volkspartei im tiefsten Grund sich doch gerade gegen die Bundesgenossen richtet, in der Hoffnung, ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen.

In den Erörterungen über diese Vorgänge ist der Deutschen Partei unterstellt worden, daß sie sich dem Centrum unterordne. Die Redner der Deutschen Partei sind dieser Unterstellung mit Ueberzeugung entgegengetreten, aber eine gewisse Frontveränderung ist doch auch auf dieser Seite eingetreten. Hat doch auf der jüngsten Landesversammlung der Deutschen Partei der Vorsitzende des Landesauschusses, Rechtsanwalt Schall, nicht nur das Stichwahlbündniß mit dem Centrum vertheidigt, sondern auch unter Hinweis darauf, daß im Reich in den letzten Jahren alle nationalen Fortschritte mit Hilfe des Centrums erreicht worden seien, in Aussicht genommen, daß man die Stellung zum Centrum überhaupt zu „revidiren“ habe. Immerhin wäre zu großer Vertrauensseligkeit in dieser Richtung zu widerrathen; der politische Charakter gerade auch des württembergischen Centrums schwankt so vielfach, daß der Verdacht immer noch begründet ist, es handle sich dem Centrum bei jeder veränderten Orientierung seiner Politik immer nur um taktische „Frontveränderungen“.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten Württembergischen Kammer brachte der demokratische Abgeordnete R. Hausmann die Verfassungsrevision zur Sprache. Er sagte u. a.:

In der Verfassungsrevision habe die Regierung den Rückzug angetreten. Jetzt sei das Kommando: „Auf der Stelle getreten“. In dem Pakt der Thronrede werde im Vorderfeld angestrebt, im Nachfeld abgetrieben. Die frühere Führung sage jetzt: Verdreht euch mit euren Bundesgenossen! Wenn ihr das gemacht habt, will ich die Führung wieder übernehmen. Die Generalabsicht dieses Feldzugs sei nicht sehr energisch. Er glaube ja nicht, daß das Kommando: „Staubwolken“ daher Rückzug“, ausgegeben worden sei, aber im Stiche gelassen worden seien die Anhänger der Reform. Jahrzehntlang habe man schwächliche Anläufe genommen, dann habe 1895 die Regierung die Klärung abgewartet und die Führung übernommen. Heute wolle die Regierung die Ausgleichung abwarten, ehe sie die Führung übernehme. Die Klärung sei so vollständig vorhanden, daß man sie nicht erst brauche. Das Haus solle jetzt das zu Stande bringen, was die Regierung entweder nicht zu Stande bringen könne oder wolle. Die Privilegien sagen, sie wollen nicht gehen. (Frhr. v. Böllwarth: So gefährlich ist es nicht!) Die Regierung fordert uns auf, dem Centrum Konzeptionen zu machen. Er habe die Hoffnung aufgegeben, die Reform in den nächsten sechs Jahren machen zu können. Später werde sie aber kommen. Die Schwertung der Regierung könne durch Worte nicht verbrannt werden. Unklarheit sei sie vor sechs Jahren hinaufgefahren und rechtsübrig sahre sie jetzt wieder hinunter. (Heiterkeit.) Offenbar sei sie, wie so manche andere, über das Anwachsen der Sozialdemokratie erschrocken. Und nun habe gestern die Sozialdemokratie so gut liberal, so gut demokratisch gesprochen. (Grüßer: Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Grüßer werde freilich keine Freude daran haben. (Grüßer: Doch, sehr! Große Heiterkeit.) Hildenbrand habe diese selbe Rede 30 Mal im Oberamt Balingen gehalten (Stürmische Heiterkeit) und damit 1600 Stimmen erhalten. Er selbst habe für die Demokratie Zweifel gehabt für den Wahlgang und nun haben sich die Verhältnisse doch stabil gezeigt. Es sei also ein Fehler von der Regierung gemacht worden. Es frage sich, ob er noch verbessert werden könne. Diese Lage habe die Volkspartei eigentlich nicht verdient. Sechs Jahre lang habe sie ihre Wähler um Vertrauen zu der Regierung gebeten. Jetzt müssen wir bekennen, daß wir kein Vertrauen mehr haben, nachdem die Regierung sagt: Ich lege die Führung in der Verfassungsreform nieder. Einen Hinterhalt habe die Regierung im Hause nicht. Er spreche die Meinung aus: Wenn die Regierung in so wichtigen Punkten, wie die Verfassungsreform, Herstellung des gleichen Einflusses auf Verwaltung und Gesetzgebung, die Führung abweist, so ist damit von selbst geboten, daß die Parteien, die anderer Ansicht sind, die Regierung bekämpfen. Dieser Kampf werde der Volkspartei nicht erspart bleiben. Die Opposition bilde eine Stärkung für die Regierung — das wisse diese selbst gut —, wenn sie mit dem Vertrauen der Abgeordneten das Vertrauen der Wählerkreise hinter sich habe. Er fürchte, daß man in sechs Jahren eine Politik mache, angeht dessen, deren die Regierung sich sagen müßte: wir haben vor sechs Jahren einen großen Fehler gemacht.

Hierauf antwortete

Ministerpräsident Kriegsminister Frhr. Schott v. Schottentzen: Eigentlich habe Hausmann der Verfassungsreform eine Grabrede gehalten. Er habe sich auch genudert, in welcher Weise Hausmann von ungenügenden Schwierigkeiten gesprochen habe, die unter den Parteien beständen. Hausmann's Erregung gestalte darin, daß er eigentlich von der Regierung verlangte,

daß sie sich an die Spitze der Volkspartei stellen sollte gegen alle anderen Parteien. (Sehr richtig!) Alle diesherigen Versuche mit der Verfassungsreform seien umsonst gewesen. Zu Unrecht habe man den letzten Landtag den „vergeblischen“ genannt, da er es an Fleiß und Willen nicht habe fehlen lassen. Freilich sei die Verfassungsreform gescheitert an den inneren Schwierigkeiten. Ob diese heute gehoben seien? In derselben Stärke und unter derselben Führung stehen heute die Parteien wieder da. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Chancen einer Verständigung heute nicht so gut wie vor sechs Jahren seien. (Sehr richtig!) Die Regierung habe geglaubt, das Ansehen der Regierung und des Hauses zu gefährden, wenn sie zum dritten Mal eine Vorlage einbringe ohne gegründete Aussicht auf einen Erfolg. (Sehr richtig!) Das sei offenbar auch die Ansicht der Mehrheit des Hauses, wie sich am letzten Freitag gezeigt habe. (Zustimmung.) So sei die Regierung des entschiedenen Dafürhaltens, daß die Arbeitskraft des Hauses nicht erneut zersplittert werden sollte. Das sei der Gedanke der Thronrede. Er lebe der Hoffnung, daß es gelingen werde, die angeklagten, in liberalem Geiste gehaltenen Vorlagen in dem Haus zur Berathung zu bringen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 24. Januar.

Abg. Glebocki (fortfahrend): Die Oberpostdirektion Posen habe auf die Beschwerde neuerlich erklärt, das Verfahren müsse sich auf ein Reskript vom 20. März 1900. Die Adressen nach hieserreichlichen Orten mit Straßen nur polnischen Namens müßten abgeändert werden, sonst kommen die Sendungen als unbestimmbar zurück. In einem Falle müßte der Absender sogar noch Lagergeld zahlen. (Heiterkeit.) Die polnische Sprache sei doch seit Jahrhunderten die Umgangssprache jener Landestheile und keine Fremdsprache. Aber eine Postamtssprache gebe es nicht. Die Bestimmungen über den Weltpostverkehr rechtfertigen das Vorgehen der Postbehörde nicht. Polnische Adressen, die aus dem Ausland kämen, müßten befördert werden, warum nicht auch solche aus dem Inlande. Das Vorgehen der Postbehörde sei der Würde und Bestimmung der Reichspost nicht angemessen, stehe auch im Widerspruch der Reichspost des Deutschen Reichs. Staatssekretär v. Podbielski erklärt: Ich bin überzeugt, daß das hohe Haus nach meinen Ausführungen zu ganz anderen Resultaten als der Vorrede kommen wird. (Große Heiterkeit.) Die Provokation hat auf Seiten des polnischen Volkes gelegen; es ist nicht allein möglich, daß der Name und der deutsche Ort deutlich erkennbar ist, bei den in Rede stehenden Briefen befinden sich noch andere Merkmale auf dem Briefe, die der Post nicht verständlich sind, die Adresse darf auch keinen Theil der Korrespondenz bilden, sondern ist nur eine Anweisung für die Postverwaltung. Bei Paketen und Wertsendungen trägt die Post eine große Verantwortung. Unverständliche Zusätze auf den zugehörigen Adressen können ja für uns unverständliche Verpflichtungen enthalten. Wir müssen das Publikum bei dem wachsenden Verkehr dahin bringen, daß es Adressen schreibt, welche in der ganzen Verwaltung verständlich sind. Polnische Blätter forderten ihre Leser auf, die Adressen nur ruhig polnisch zu schreiben, die Post müsse sie befördern. Es dauerte nicht lange, da ging die Hochfluth los. (Heiterkeit.) Ich bin bestrebt gewesen, die Sache zu dämpfen und erließ keine besondere Verfügung. Polnische Rechtsanwältz, die früher nicht daran dachten, polnisch zu adressiren, fingen plötzlich an, uns 50 und mehr eingeschriebene Briefe mit polnischen Adressen zu bringen. Uns lagen Adressen mit Ortsnamen, wie Stokowice und Wissa vor, das soll Wlogau und Kesse heißen. (Heiterkeit.) Es handelt sich um eine Agitation. (Unruhe bei den Polen und im Centrum.) (Der Präsident erwidert Ruhe.) Bei den letzten Wahlen versuchte man, Postbeamte zum Vertheilen polnischer Wahlzettel zu verführen. Wir mußten sie verzeihen, um sie dieser Verführung zu entziehen. Die Postverwaltung befindet sich in der Abwehr und (zu den Polen gewandt): „Haben Sie den Muth ihren Landsleuten zu sagen, stellt die Agitation ein und schreibt nur deutliche Adressen! Polnische Zusätze können nur Schwierigkeiten machen. Veröffentlichungen Sie nur meine Rede in ihren Blättern!“ (Beifall rechts. Lärm bei den Polen und im Centrum.) Auf Antrag Schäfer (Centr.) tritt das Haus in die Berathung der Interpellation ein.

Abg. Horen (Centr.) führt aus: Es steht doch fest, daß Adressen nicht befördert wurden, die an sich deutlich waren. Aus der Rede des Staatssekretärs ging nur das Eine deutlich hervor, daß er selbst nichts bekräftigte. Die Vorgänge in der Oberpostdirektion Posen müßten aber gründlich untersucht werden. Die dortigen Beamten können sicher soviel polnisch, um den Namen von polnischen Zusätzen zu unterscheiden und wenn das nicht der Fall ist, müssen wir verlangen, daß das Reich Beamte anstellt, die so viel polnisch verstehen. Die oberste Postbehörde muß es verhindern, daß irreführende Unterorgane sich dazu hergeben, Handelsangelegenheiten niedrigerer Art gegen eine polnisch mißliebige Partei zu leisten.

Staatssekretär v. Podbielski erklärt: Ich habe während der vier Jahre meiner Amtsführung nie gebudelt, daß politische Rücksichten auf die Postbeförderung Einfluß gehabt haben. Man muß doch zwischen gewöhnlichen Briefen und solchen Postsendungen, für welche die Postverwaltung die Verantwortung trägt, sehr unterscheiden. Bei letzteren müssen wir uns vorsetzen, daß wir nicht regreppflichtig gemacht werden. In dem Falle, wo Lagergeld bezahlt sein soll, werde ich eine Untersuchung veranlassen. Fehler der Unterbeamten kommen ja vor.

Abg. Kühnert (Soz.) stellt sich auf den Boden der Interpellation. In den polnischen Landesteilen herrsche ein Ausnahmestand. Es liege eine Verletzung der Reichsgesetze und der Verfassung vor. Redner spricht hierauf ausführlich von der Verletzung des Koalitionsrechtes und anderem und wird vom Vizepräsidenten v. Frege wiederholt zur Sache gerufen.

Abg. Fürst Radziwiłł (Pole) weist zurück, daß die polnischen Abgeordneten die politische Agitation durch ihr Vorgehen unterstützen wollten. Er, und wie er glaube, auch die Mehrzahl seiner Landsleute, seien Gegner politischer Agitationen. Die polnischen Abgeordneten gäben nur der tiefen und gerechten Beunruhigung denjenigen Ausdruck, die sie hierher entsendet hätten.

Abg. Müller-Sagan bezeichnet das Vorgehen der Postbehörde als tendenziös und schändlich. Staatssekretär v. Bobbielski wiederholt, daß es sich nicht um Abwehr politischer Richtungen, sondern nur um Vermeidung der Erschwerung des Postverkehrs handele.

Abg. Dzierżowski-Pomian führt weitere Einzelfälle an. Auf eine Beschwerde sei ihm von der Postbehörde geantwortet worden, polnische Adressen seien unzulässig, die lateinische Sprache sei ebenfalls unzulässig. (Heiterkeit.) Redner möchte die bezüglichen Schriftstücke als aus dem Jubiläumsjahr des Weltpostvereins dem Reichspostmuseum überweisen. (Heiterkeit.) Viel Schuld treffe auch den preussischen Minister des Innern, der fortwährend Änderungen der polnischen Orts- und Straßennamen vornehmen lasse. Die Interpellation bewege sich in rein sachlichen Bahnen, denn die Post und das Gericht sollten überhaupt jeder politischen Agitation fernbleiben.

Abg. v. Staudy (kons.) erklärt, die Konservativen stimmten gegen eine Besprechung der Interpellation, weil sie vermuteten, daß die Angelegenheit auf das politische Gebiet verschoben würde, was nicht gerechtfertigt sei. Leider sei dies geschehen, und zwar durch den nichtpolnischen Abg. Noeren.

Abg. Sattler (nat.-lib.) führt aus, wir sorgen am besten für die Wohlfahrt der polnisch-sprechenden Deutschen, wenn wir dahin wirken, daß sie möglichst zu Deutschen werden. Die Nationalliberalen stimmen den Ausführungen des Staatssekretärs v. Bobbielski zu. Es ist kein unbilliges Verlangen, daß die Polen die Kenntnis der deutschen Sprache wenigstens nicht verheimlichen sollen. Die Agitation bezweckt augenscheinlich, die Postbehörde zu zwingen, Postbeamte anzustellen, die nicht nur polnisch können, sondern auch in polnischem Sinne zu wirken geneigt sind.

Abg. Scherer (Ekt.) stimmt der Interpellation zu. Abg. Krzyminski bemerkt, dem Abg. Sattler werde seine Engelmacherer gegen unseren Willen nichts nützen. Er sollte sich auf den Standpunkt der früheren preussischen Könige stellen, die uns Polen sein ließen und uns unsere Religion und unsere Sprache ertheilten.

v. Bobbielski: Wenn ich Konsultant wollte, würde ich andere Mittel anwenden können und nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Seit November findet, wie festgestellt ist, eine Zunahme der polnischen Adressen statt.

Abg. Noeren bemerkt nochmals, die Angelegenheit habe eine eminent politische Bedeutung.

Abg. Schrempf (kons.): In Süddeutschland weiß man nicht viel von den Polen, höchstens höre man einmal etwas vom polnischen Reichstag oder polnischer Wirtschaft. Nach der heutigen Debatte möchte ich glauben, daß in einem polnischen Reichstag die Schmerzen einer deutschen Minorität nicht so geduldig angehört worden wären. (Unruhe bei Polen und Sozialdemokraten.) Wir sind nicht so dumm, daß wir nicht wüßten, was hinter der polnischen Adressengeschichte steckt. Wollen die Polen als vollwertige Mitglieder des Deutschen Reiches gelten, dann sollen sie auch dem großartigen Institute der deutschen Reichspost Entgegenkommen zeigen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Cunert bezeichnet Abg. Hausmann-Böblingen die „Vorlesung“ Schrempfs, der übrigens bei den württembergischen Landtagswahlen durchgefallen sei, als vollständig deplaziert. In seiner Erwiderung weist Abg. Schrempf der süddeutschen Demokratie Vaterlandslosigkeit vor (Vom links) und sagt, er sei durchgefallen infolge der unerschämten demokratischen Wahllüge, daß er von den norddeutschen Junkern begabt wäre. Abg. Hausmann weist die Behauptung Schrempfs zurück.

(Der Präsident erklärt, Hausmann hätte keine Veranlassung, die Bemerkung von der Vaterlandslosigkeit auf seine Person zu beziehen.)

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes wegen Verforgung der Teilnehmer an der ostasiatischen Expedition und deren Hinterbliebenen.

Graf Stolberg-Wernigerode (kons.) sagt, er hätte eine frühere Einbringung der Vorlage gewünscht. Auch die Regelung der Verforgung unserer früheren Invaliden sei dringend.

Reichskanzler Graf v. Bülow erklärt: Meine Herren! Die von dem Herrn Vorredner aufgestellte Forderung, daß die den Invaliden der Chinaexpedition und deren Hinterbliebenen zu gemäßen erhöhten Verforgungsgebühren auch den Invaliden und Hinterbliebenen aus den früheren Feldzügen zugewendet werden, erkenne ich als berechtigt an (hört, hört und Bravo). Ich nehme auch keinen Anstand, eine Aufbesserung der Bezüge aller Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen zu ihrer Sicherstellung gegen Noth und Sorge für dringlich und für unausschießbar zu erklären. (Lebhaftes Bravo.) Ueber die Ungültigkeit der nach dem geltenden Rechte zutreffenden Verforgungsgebühren besteht ja allseitiges Einverständnis. Wenn dem hiernach zweifellos vorhandenen Bedürfnis einer ausreichenden Verforgung hinsichtlich der Invaliden der Chinaexpedition Rechnung getragen wird, durch Erhebung des zur Verforgung stehenden Entwürfes zum Gesetz, so darf auch die gleiche Erweisung der gesetzlichen Bezüge den durch die früheren Feldzüge dienstunfähig gewordenen Personen des Soldatenstandes und den Hinterbliebenen der infolge der Kriegsbefähigungen Verstorbenen nicht verweigert werden. (Lebhaftes allseitiges Bravo.) Ich werde deshalb das Erforderliche veranlassen, um noch in der laufenden Session (sehr gut) eine Gleichmäßigkeit in der Verforgung der Invaliden und Hinterbliebenen aus sämtlichen Feldzügen herbeizuführen. (Lebhaftes Bravo auf allen Seiten.)

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 25. Januar.

Der Präsident theilt mit, daß Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich für die gestrige Beileidskundgebung des Reichstages Ihren Dank ausgesprochen habe.

In der Fortsetzung der Beratung der Vorlage wegen Verforgung der Teilnehmer an der Chinaexpedition und ihrer Hinterbliebenen erklärt

Abg. Schädler (Centr.), er sei im großen und ganzen mit der Vorlage einverstanden und hoffe auf rasche Erledigung in der Budgetkommission. Die Invaliden von 1864, 1866 und 1870 sind schlechter gestellt als die Chinakämpfer. Die Wünsche des Reichstages nach Besserung der Lage der alten Invaliden waren bisher erfolglos. Jetzt sind wir endlich aus dem Zustande der Erwägungen heraus. Wir müssen dem Reichskanzler

anken für die gestrigen Erklärungen. Die Erklärungen haben große Befriedigung in weite Kreise des Volkes getragen.

Zum Thronwechsel in England.

(Telegramme.)

* Osborne, 25. Jan. Seine Majestät der Deutsche Kaiser verläßt England erst nach den Trauerfeierlichkeiten. Der Deutsche Kronprinz trifft hier am 26. d. M. ein.

* Berlin, 25. Jan. Das „Marineverordnungsblatt“ veröffentlicht einen Armeebefehl. Derselbe gedenkt der Ernennung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers zum Admiral der englischen Flotte und der Trauer mit der Schwefelkation, mit welcher sie oft in bewährter Kameradschaft verbunden war. Die Offiziere und Beamten tragen 14 Tage Trauerflor am linken Unterarm. Die Schiffe flagen halbstück bis zum Beisehungstage und verfahren an letzterem nach dem Trauerzeremoniell der englischen Marine.

* Potsdam, 25. Jan. Der Kronprinz ist heute Vormittag 10^{1/2} Uhr über Blißingen nach England abgereist.

* Kiel, 25. Jan. Auf kaiserlichen Befehl soll eine Anzahl der im Dienste befindlichen Schiffe von der 1. Division des 1. Geschwaders (das Küstenpanzerschiff „Hagen“ und eventuell der Kreuzer „Victoria Luise“, sowie einige Torpedoboote) nach England abgehen, um an der großen Flottenparade teilzunehmen. Die Parade findet anlässlich der Beisehung Ihrer Majestät der Königin Viktoria am 2. Februar auf der Rheide von Spithead statt. Seine königliche Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen ist zum Befehlshaber dieser Flotte ernannt. Die Küstenpanzer „Obin“ und „Hagen“ erhielten, wie die „Kieler Zig.“ meldet, die telegraphische Ordre, sofort von Danzig nach Kiel zu dampfen.

* München, 25. Jan. Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent ordnete eine dreiwöchige Hoftrauer an.

* Dresden, 25. Jan. Seine Majestät der König hat anlässlich des Ablebens der Königin Viktoria für die Armee eine 14tägige Trauer angeordnet.

* Darmstadt, 25. Jan. Wie die „Darmstädter Zeitung“ meldet, reist heute das Großherzogspaar mit dem Kaiserpaar von Rußland von Moskau nach St. Petersburg ab und von da in den nächsten Tagen zu den Beisehungsfestlichkeiten nach England.

* London, 24. Jan. Die feierliche Auszierung Seiner Majestät der Königin Eduard VII. in der Hauptstadt erfolgte heute Vormittag (wie schon berichtet) mit großer Feierlichkeit und mairischem Gepränge. Um 8 Uhr früh hatten Grenadiere mit der auf höchstem gestiegenen Königsstandarte vor dem St. James-Palast aufgestellt genommen. Der Balkon des Palastes war mit rothem Tuch behängt. Eine unzählige Menschenmenge erfüllte die an den Palast stoßenden Straßen und Alleen. Alle trugen sichtbare Zeichen der Trauer. Um 9 Uhr eröfneten die ersten Kommandanten der Offiziere. Es erschienen der Earl of Roberts und sämtliche Offiziere des Generalstabes zu Pferde. Gleichzeitig richteten sich Aller Blicke nach dem Balkon des Palastes, auf dem vier Herolde und acht Unterherolde in prächtiger mittelalterlicher Gewandung erschienen. Hinter ihnen hatten sich der Erb-Edel-Marshall Herzog von Norfolk und andere Hofbeamte aufgestellt. Auf ein Zeichen des Herzogs von Norfolk ließen nun die Unterherolde aus silbernen Trompeten eine Fanfare erklingen. Ein Herold, der den 80jährigen Ersten Wappherold Englands vertritt, tritt vor und verliest unter tiefem Schweigen der Menge mit weitgehender Stimme die nach altem Verfahren lautende Königsproklamation. Sie verkündet in den nachvollständigen Ausdrücken der alterthümlichen Sprache der Vereinigten Königreiche die Thronbesteigung des Prinzen Albert Eduard. Nach der Verlesung, während deren alle Mitglieder und das Heer der Zuschauer das Haupt entblößt hatten, herrschte einige Augenblicke feierliche Stille. Dann ruft der Herold, indem er den Dreifuß schwingt, weithin: „God save the King!“ und die Menge stimmt begeistert in den Ruf ein. Die Musik der Gardetruppen spielt die Nationalhymne und langanhaltende mächtige Fanfaren der Herolde beschließen den feierlichen Vorgang. Die Herolde und die anderen Amtspersonen besetzen nunmehr die königlichen Wagen und begeben sich, von Kavallerie eskortirt, nach der City, wo sich vor dem königlichen Hofgebäude in Gegenwart des mit voller Amtsbrut angehaltenen Vorwärters die Feiertagsfeier der Auszierung wiederholt. Auch hier stimmt eine ungeheure Volksmenge nach der Verlesung der Proklamation der Nationalhymne „God save the King!“ an.

* East Cowes, 24. Jan. Bei der Ankunft Seiner Majestät des Königs hatte sich der Nebel, der bis Mittag über Cowes lag, verzogen. Der Himmel war klar, die See ruhig. Eine erwartungsvolle Menge war an den Zugängen zu dem Trinity Pier aufgestellt. Nach 12 Uhr wurde der Salut für den neuen König abgegeben. Die bisher halbhaft wehenden Flaggen wurden zeitweilig heruntergeholt. Bei dem Erscheinen der Königsyacht „Alberta“ um 2^{1/2} Uhr legten die Schiffe im Hafen Flaggenhimmel an und ertönte ein Salut von 21 Schüssen. Nach dem Länden wurden die Flaggen wieder Halbhaft gesetzt.

Die Verathung des Vereinsgesetzes.

* Paris, 24. Jan. Deputirtenkammer. Waldeck-Roussieu erklärt, die Regierung lege Werth darauf, auch überreits zu dem Tribut der Verehrung und Hochachtung beizutragen, welchen die gesammte Welt dem Andenken Ihrer Majestät der Königin Viktoria zolle. Er neige sich theilnahmenvoll vor der Trauer, die das englische Volk traf. (Beifall.)

Deschanel schließt sich namens der Kammer den Worten der Trauer der Regierung an. (Beifall.) In der fortgesetzten Beratung des Vereinsgesetzes spricht zunächst

Chaudière (Blanquistischer Soz.): Ich ersuche die Kommission, einige Punkte der Vorlage genauer zu bestimmen. Mit dem Text des Artikels 2 würde eine andere Regierung als die heutige nicht die religiösen Genossenschaften, sondern die Sozialisten verfolgen können. Auch wir wünschen, daß

die Republik blühe, aber wir ersuchen Sie, aus dem Text den Verdacht zu beseitigen, daß es gegen uns gerichtet sein könne.

Vassies (bonap. Nationalist): Zwei Sätze beherrschen die Erörterung: Vivants' „Krieg dem Katholizismus!“ und Léon Bourgeois' „Auszug“, „man müsse den Geist des Katholizismus durch den der Reformation und der Revolution ersetzen“. Da liegt die ganze Frage. Vivants erklärte, Katholizismus und Meritalismus seien dasselbe. Das ist nicht wahr. Wir geben nicht zu, daß man im Namen eines Dogmas die Gewissen bedrücken wolle. Von dieser Art Meritaler sind wir nicht. (Beifall rechts.) Léon Bourgeois hat von dem Geiste der Reformation gesprochen. Die Wahrheit ist, daß Sie die Pfarrer und Mönche durch protestantische Pastoren und Rabbiner ersetzen wollen. Der Geist der Reformation ist der Geist des Auslandes. Bei dem ersten Versuche Frankreichs, ein Bündniß mit Rußland abzuschließen, hat man den Widerspruch dieses Geistes der Reformation auftauchen sehen. Der Redner verteidigt die Unterrichtsfreiheit der Orden. Man spricht von menschlicher Solidarität, Frankreich kennt nur die nationale Solidarität. Der Ministerpräsident hat gesagt, daß die Katholiken von diesem Gesetz nichts zu fürchten hätten. Er vergißt, daß seine Freunde bis an's Ende gehen wollen, und vergebens wird er versuchen, die Protestanten, Juden und Freimaurer zurückzuhalten. (Zurufe: Protestanten, Juden und Freimaurer wetteiferten 1870 an Hingebung.) Ich greife nicht den Patriotismus der Protestanten an, sondern den Geist der Reformation, der der Geist des Auslandes ist. Die Verantwortung des Kampfes, der entbrennen wird, lastet auf der Regierung.

Der Schluß der allgemeinen Erörterung wird beschloffen.

Der Vorsitzende der Kommission, Sarrin, beantragt für die Vorlage die Dringlichkeit.

Gaillard (Rechtsrep.) bekämpft diese.

Mit 361 gegen 179 Stimmen wird die Dringlichkeit beschloffen.

Krang (Mélinist) erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie sich der Einzelberatung nicht widersetzen, weil sie ein Vereinsgesetz für notwendig hielten, aber dennoch Gegner der Vorlage seien.

Der Graf de Lanjuinais erklärt namens der Rechten, daß diese gegen den Uebergang in die Einzelberatung stimmen würde.

Mit 441 gegen 98 Stimmen beschließt die Kammer, zur Erörterung der Artikel überzugehen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß zu Art. 1 zunächst ein Gegenantrag des Abbé Gayraud vorliege. Dieser (Allittier) führt aus, daß sein Gegenantrag auf zwei Grundgedanken beruhe: der gesetzlichen vollständigen Freiheit für alle Bürger, sich zu vereinigen, und auf der Gleichheit für alle, in dieser Freiheit Genossenschaften zu bilden. Der Redner spricht zum Schluß über die Moral der Jesuiten und erklärt, er werde ausführen, worin die Doktrin der Jesuiten bestehe.

Es wird indeß der Schluß der Sitzung beschloffen. Fortsetzung der Beratung Montag. Morgen Freitag: Interpellationen.

(Telegramm.)

* Paris, 25. Jan. Aus Madrid wird berichtet, daß gegenwärtig zahlreiche Klostergelände in Spanien eine Vergrößerung erfahren und daß diese Bauten jenen Kongregationen, welche infolge des neuen Vereinsgesetzes gezwungen sein werden, Frankreich zu verlassen, als Zufluchtsstätte dienen sollen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 25. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Minister Dr. Buchenberger zu längerem Vortrag und nahm von halb 1 Uhr an die Meldung nachgezeichneter Offiziere entgegen: des Obersten Wolff, Kommandeurs des Großherzoglichen Gendarmeriecorps, des Oberleutnants Freiherrn Rind von Balenstein, à la suite des Infanterie-Regiments Freiherr von Sparr (3. Westfälischen) Nr. 16 und Kommandeurs der Kriegsschule in Danzig, sowie des Hauptmanns von Hugo im Infanterie-Regiment Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg (4. Brandenburgischen) Nr. 24, bisher im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsraths Dr. Seyb.

Seine königliche Hoheit der Erbprinz hat den Auftrag übernommen, Seine königliche Hoheit den Großherzog bei der bevorstehenden Beisehungsfest für Ihre hochselige Majestät die Königin Viktoria von Großbritannien und Irland zu vertreten. Der Erbprinz ist Pathelin der höchstseligen Königin. Die Beisehungsfest ist nunmehr für den 2. Februar festgesetzt und die Anmeldung Seiner königlichen Hoheit des Erbprinzen beim königlichen Hof hat bereits stattgefunden.

Nachdem in Berlin die offiziellen Essen zur Feier des Geburtsfestes Seiner Majestät des Kaisers abbestellt sind, wird auch das Festmahl, welches auf den 27. d. Mts. im hiesigen Museum in Aussicht genommen war, nicht stattfinden.

** Das Ministerium des Innern beabsichtigt, in den nächsten Monaten in der Landesgewerbeschule folgende Uebungskurse für Handwerkermeister abhalten zu lassen:

- a. in der Zeit vom 4. bis 16. Februar einen Uebungskurs für Schneider,
- b. in der Zeit vom 11. bis 23. Februar einen Uebungskurs für Sattler,
- c. in der Zeit vom 20. Februar bis 2. März einen Uebungskurs für Schuhmacher,
- d. in der Zeit vom 25. Februar bis 9. März einen Uebungskurs für Maler,
- e. in der Zeit vom 4. bis 9. März einen Uebungskurs für Schreiner,
- f. in der Zeit vom 18. bis 23. März einen Uebungskurs für Blechner und Installateure.

Anmeldungen zu diesen Kursen sind durch Vermittlung der gewerblichen Vereinigungen bei dem genannten Ministerium einzureichen, und zwar:

zu a.: bis zum 30. Januar,
 " b.: " " 2. Februar,
 " c.: " " 9. " "
 " d.: " " 16. " "
 " e.: " " 23. " "
 " f.: " " 6. März.

Weniger bemittelten Meistern kann zur Befreiung der Reise- und Aufenthaltskosten eine Beihilfe aus Staatsmitteln gewährt werden.

** Die Einnahmen der von Privatgesellschaften betriebenen badischen Nebenbahnen betragen im Monat Dezember 1900.

Bezeichnung der Nebenbahn-Linie	Aus dem Personenverkehr		Aus dem Güterverkehr		Aus sonstigen Quellen	Im Ganzen	vom Beginn des Betriebes im Jahre an
	M.	P.	M.	P.			
A. Betriebsjahr vom 1. April 1900 ab.							
Mannheim - Weinheim - Heidelberg - Mannheim gegen 1899	32 337	21 412	700	54 449	574 857		
	27 296	20 174	284	47 754	527 769		
	+ 5 041	+ 1 238	+ 416	+ 6 695	+ 47 088		
Karlsruher Lokalbahnen gegen 1899	15 599	1 241	2	16 842	165 588		
	14 320	1 234	41	15 595	172 127		
	+ 1 279	+ 7	+ 39	+ 1 247	+ 6 539		
Jahres-Örtchenbahn gegen 1899	3 244	2 456	178	5 878	62 759		
	2 707	2 087	152	4 946	60 250		
	+ 537	+ 369	+ 26	+ 932	+ 2 509		
Sehl-Flörsheim-Bühl gegen 1899	10 453	3 005	627	14 085	126 926		
	9 781	2 322	506	12 609	120 798		
	+ 672	+ 683	+ 121	+ 1 476	+ 6 128		
Sehl-Altrheim-Öttingen und Altrheim-Öttingen gegen 1899	8 588	3 015	1572	13 175	140 751		
	8 811	3 033	254	12 098	136 348		
	- 223	- 18	+ 1318	+ 1 077	+ 4 403		
Seelbach-Jahr-Öttingen-Hein gegen 1899	4 610	4 378	175	9 163	89 720		
	4 122	2 885	335	7 342	92 606		
	+ 488	+ 1 493	- 160	+ 1 821	- 2 886		
Kaiserhulbahn gegen 1899	7 331	12 154	250	19 735	213 792		
	6 532	9 166	184	15 882	169 367		
	+ 799	+ 2 988	+ 66	+ 3 853	+ 44 425		
Öttingenmünster-Hein gegen 1899	2 109	1 640	285	3 923	37 693		
	1 479	3 200	294	4 963	38 825		
	+ 630	- 1 560	- 59	- 1 040	- 1 132		
Freisingen - Staufen - Sulzbach gegen 1899	2 394	2 383	535	5 312	48 247		
	2 025	1 511	283	3 819	44 888		
	+ 369	+ 872	+ 252	+ 1 493	+ 3 359		
Mühlheim-Badenweiler gegen 1899	2 663	3 005	233	3 201	57 639		
	2 325	2 008	270	2 803	58 079		
	+ 338	+ 97	- 37	+ 398	- 390		
Willingen-Bandern gegen 1899	3 614	2 803	498	6 915	72 828		
	3 180	2 307	317	5 804	70 937		
	+ 434	+ 496	+ 181	+ 1 111	+ 1 891		
Zell-Edingen gegen 1899	3 568	5 821	85	9 474	103 960		
	3 226	5 080	52	8 358	98 234		
	+ 342	+ 741	+ 33	+ 1 116	+ 5 726		
Bonnensingen - Lutzmann (Bregenzalbahnen) gegen 1899	5 220	8 164	125	13 509	157 525		
	4 926	8 609	83	13 618	161 832		
	+ 294	- 445	+ 42	- 109	- 4 307		
B. Betriebsjahr vom 1. Januar 1900 ab.							
Frankfurt-Öttingen-Münster-Hein gegen 1899	8 222	2 515	92	10 829	134 820		
	7 253	1 827	53	9 133	120 978		
	+ 969	+ 688	+ 39	+ 1 696	+ 13 842		
Karlsruhe-Öttingen-Hein u. Öttingen-Freisingen u. Öttingen-Edingen gegen 1899	23 713	4 643	231	28 587	430 468		
	16 856	3 824	148	20 828	341 614		
	+ 6 857	+ 819	+ 83	+ 7 759	+ 88 854		
Hülshausen gegen 1899	1 442	3 498	25	4 965	69 669		
	1 341	2 937	12	4 290	61 635		
	+ 101	+ 561	+ 13	+ 675	+ 8 034		

* Am 3. September 1900 wurde die 11,2 km lange Strecke Oberheim-Heinbach eröffnet.
 ** 1900 sind 27,43 km im Betrieb gegen 28,67 km 1899.

durch Herrn stud. Frig, schloß der offizielle Teil des Kommerzes. Die vom Herrn Rektor in humoristischer Form zum Schluß verkündete Nachricht, daß der Hochschule beschloß, den kommenden Tag (Freitag) als „dies academicus“ zu betrauchen wurde natürlich von der Studentenschaft außerordentlich freudig entgegengenommen.

An Seine Königliche Hoheit den Großherzog wurde folgendes Huldigungstelegramm abgefaßt:

„Die zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers versammelte Karlsruher Studentenschaft entbietet Euer Königlichen Hoheit ehrerbietigen Gruß und gelobt ewige Treue dem innig verehrten Landesfürsten.“ Im Auftrage: Hoffmann.

(Für die Feier des Allerhöchsten Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II) am Sonntag den 27. Januar ist folgendes Programm festgesetzt: Beflagung der Stadt Morgens 7 Uhr: Festglocken, Abgabe von 101 Kanonenschüssen durch die Feuerwehr. Morgens halb 8 Uhr: Wecken vom Kaiserdenkmal aus. Morgens 8 Uhr: Choralmusik vom Turme der evangelischen Stadtkirche. Vormittags 10 Uhr: Festgottesdienst in den Kirchen der Stadt. Mittags 12 Uhr: Wachparade auf dem Schloßplatz. Abgabe von 101 Ehrenschüssen. Abends halb 7 Uhr: Festvorstellung im Großh. Hoftheater.

L. (Eine Versammlung) von Vertretern verschiedener Korporationen, Vereine, Interessentenverbände, der größeren und mittleren Städte, der Präsidien der Kammer des letzten Landtages u. s. w. trat gestern hier im Rathhaussaal zusammen, um über die Feier des 50-jährigen Regierungsjubiläums Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs (23. April 1902) vorbereitende Beratung zu pflegen. Es wurde einstimmig beschlossen, zur gedachten Feier eine Landessammlung zu veranstalten, deren Ergebnis Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog am 23. April künftigen Jahres zur Bestimmung für einen möglichst frühen Zweck überreicht werden soll. Der Aufruf zur Sammlung wird am 23. April dieses Jahres veröffentlicht werden.

(Großherzogliches Konservatorium für Musik.) Das sechste Vorspiel (Vorbereitungsklassen) fand am Dienstag, den 22. Januar 1901, Abends 7/7 Uhr im Konzertsaal der Anstalt statt. — Das nächste Vorspiel (Ausbildungsklassen) wird Dienstag den 5. Februar Abends 7/7 Uhr veranstaltet.

(Oberrealschule Karlsruhe.) Samstag den 26. Januar Vormittags 11 Uhr findet in der Turnhalle der Anstalt ein Festakt zur Feier des Kaisergeburtstages statt. Die Festrede wird Herr Professor Kramer halten.

(Deutsche Glasmalereiausstellung in Karlsruhe.) In das Preisgericht der Ausstellung, welches alsbald nach Eröffnung derselben im Mai d. J. seine Tätigkeit beginnt, wurden folgende Künstler berufen: Maler Hans Christian, Professor, Darmstadt. Glasmaler Fritz Geisler, Professor, Freiburg i. Br. Professor Hermann Böck, Direktor, Karlsruhe. Architekt Karl Hoffacker, Professor, Berlin-Charlottenburg. Maler Ferdinand Keller, Professor, Karlsruhe. Glasmaler und Architekt A. Linnemann, Professor, Frankfurt a. M. Architekt Friedrich von Thiersch, Professor, München.

(Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 23. Januar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Groß. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Groß. — Wegen Verbrechen gegen § 173 des Reichsstrafgesetzbuchs waren der 61 Jahre alte Landwirt David Werklinger und dessen 34 Jahre alte Tochter Luise Werklinger, beide aus Grünwettersbach, angeklagt. David Werklinger wurde zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, die Tochter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Einer eigenartigen Körperverletzung hatte sich der Eisenbrieh Heinrich Karl Lenzinger aus Durlach schuldig gemacht. Er war am 23. September in der Restauration zum „Bähringer Hof“ in Durlach mit seinem Onkel, dem Landwirt Christoph Nitterschöfer, wegen Familienangelegenheiten in Streit geraten, der zu ersten Händlichkeiten führte, in deren Verlauf Lenzinger dem Nitterschöfer den linken Teil der Nase abhieb. Dank geschickter ärztlicher Behandlung war es möglich, Nitterschöfer vor einer dauernden Entstellung zu bewahren und die Nase wieder derart zu heilen, daß von den Spuren der Verletzung nicht mehr viel zu sehen ist. Lenzinger wurde heute wegen Körperverletzung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof erließ ferner folgende Urteile: Rittmeister Wilhelm Sud aus Barnhart, wohnhaft in Baden, wegen fahrlässiger Körperverletzung zwei Wochen Gefängnis; Tagelöhner August Mater aus Grödingen wegen Diebstahls zehn Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust; Maurer Heinrich Lorenz Fäßler aus Forst wegen Jagdvergehens acht Wochen Gefängnis; Landwirt Wilhelm Hartmann aus Weingarten wegen Widerstands und Mißhandlung drei Wochen Gefängnis und eine Woche Haft.

* Weinheim, 23. Jan. Die diesige Einwohnerzahl beträgt 11 168, und zwar 5 547 männlichen, 5 621 weiblichen Geschlechts; davon sind 8 517 evangelisch, 2 484 katholisch und 155 Israeliten.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

* Berlin, 25. Jan. Graf Waldersee meldet aus Peking vom 21. d. M.: Es bilden sich in Peking vielfach Räuberbanden. Die Engländer hatten mit solchen ein leichtes Gefecht bei Shanhaiwan, sie verloren zwei Mann. Ein kleines Detachement ging am 18. unter Hauptmann v. Auer von Yangtsun in östlicher Richtung vor, um die dortige Gegend gemeinsam mit der über Yangtsun zurückkehrenden Kolonne Hofmann zu säubern. Die Kolonne Thiernig erreichte Tchang am 16. ohne Zwischenfall und trat dann den Rückzug an.

* Paris, 25. Jan. Dem „New-York Herald“ wird aus Peking gemeldet, daß Prinz Tsching sich nach der russischen und japanischen Gesandtschaft begeben und sein Ansuchen erneuert habe, daß die Absendung neuer Truppen eingestellt werden solle.

* Shanghai, 23. Jan. Reutermeldung. In einem Schreiben an Seymour betreffend den russischen Anspruch auf die Elliot- und Blonde-Inseln erklärt Admiral Alexiew die Entsendung des englischen Kanonenbootes „Molver“ zur Ausrottung eines Seeräubernestes für ungerechtfertigt und bemerkt, er hoffe, das Seymour's Billigkeitssinn ihn die Sache im selben Lichte beurtheilen lasse. Seymour antwortete, er sei amtlich benachrichtigt worden, daß Port Arthur und Talienswan russische Besitzungen geworden seien. Doch sei ihm nicht bekannt, daß dies sich auch auf die genannten Inseln beziehen könne. Er könne sich daher Alexiew's Ansicht nicht

anschießen und nur die Sache seiner Regierung unterbreiten. Seymour ist der Ansicht, daß die russischen Ansprüche auf die Inseln, die 20 englische Meilen von Port Arthur entfernt liegen, nicht anerkannt werden können, sonst werde fast naturgemäß der Anspruch Rußlands auf die viel näher gelegene Miaolao-Gruppe folgen. Der Besitz der letzteren würde Rußland die vollständige Beherrschung der Schifffahrt im Meerbusen von Petschili in die Hand geben.

* Peking, 25. Jan. Bischof Anzer kehrt ins Innere des Landes zurück, nachdem der Gouverneur von Schantung ihm versprochen hat, ihn zu schützen.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 25. Jan. Dem Abgeordnetenhaus ging ein Antrag der Konservativen und des Centrums zu, die Regierung auffordernd, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich gesteigerter Zollschutz zu Theil werde und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifes an den Reichstag erfolge.

* Cronberg, 24. Jan. Ihre Majestät die Kaiserin machte gestern Nachmittag wieder einen Besuch auf Schloß Friedrichshof. Das Prinzenpaar Heinrich ist gegen 8 Uhr nach Berlin abgereist.

* Stuttgart, 25. Jan. In der Kammer erklärte der Minister des Aeußeren, Frhr. v. Soden, er theile die Ansicht des Frhrn. v. Wittmann über die Frage einer Eisenbahngemeinschaft mit Preußen vollständig. Er könne nicht die Verantwortung dafür übernehmen, einen Württembergisch-Preussischen Vertrag als Kopie des Preussisch-Hessischen Vertrages vorzuschlagen. Immerhin lasse sich aber auch ein Vertrag auf einer anderen Basis vorstellen mit finanziellen Vortheilen, aber ohne dieselben Opfer.

* Antwerpen, 25. Jan. Bejn Docker wurden wegen Verletzung der Arbeitsfreiheit und Mißhandlung von Polizeilagerten zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten bis vier Jahren verurtheilt.

Verschiedenes.

+ Berlin, 25. Jan. (Telegr.) Der frühere Berliner Oberbürgermeister Zelle ist vergangene Nacht in Neuseberg gestorben.

+ Frankfurt, 25. Jan. (Telegr.) Baron Willy von Rothschild ist heute Mittag gestorben.

+ Mühlhausen i. G., 25. Jan. (Telegr.) Der um 1 Uhr Nachts von Straßburg hier ankommende Personenzug entgleiste gestern Nacht mit seinen drei vordersten Wagen in der Nähe der Altkircher Brücke. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

+ Budapest, 24. Jan. (Telegr.) In der Station Ganz der Linie Galanta-Bolna fand infolge Nichtbeachtens der Signale ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge statt. Zwei Personen des Zugpersonals wurden getödtet, eine Person leicht verletzt.

+ Spezia, 25. Jan. (Telegr.) Bei den Schießübungen des Panzerkanonenboots „Terribile“ plagte eine Kanone. Vier Personen wurden getödtet und ebensoviel verwundet.

+ Hverfjorden (Norwegen), 24. Jan. (Telegr.) Durch eine Sturmfluth infolge des Orkans kamen am 22. ds. in Sandhund und Herroe 34 Männer und eine Frau um's Leben. Acht Häuser wurden fortgespült. Im Hafen gingen 60 Boote unter. Viele Personen sind durch die ausgesetzten Leiden erkrankt.

+ Madrid, 24. Jan. Der Studienleiter des Königs Alfonso, General Sanchez, ist heute unerwartet gestorben. — Einige Blätter berichten, daß, als der König dieser Tage im Gartenteich ruderte, eine verirrte Kugel am Nachenrand einschlug. Diese Nachricht wird abgelehnt, aber gleichzeitig wird halbamtlich angekündigt, daß es den Wächtern verboten wurde, irgendwo von einer Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Eingetretener Hindernisse wegen:

Sonntag, 27. Jan. Abth. C. 33. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Stadt „Undine“, „Figaro's Hochzeit“, komische Oper in 4 Aufzügen von W. A. Mozart. Dichtung von Lorenzo da Ponte. Page: Fräulein Margarethe Koch vom Stadttheater in Nürnberg als Gast. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Außerdem, wie bereits mitgetheilt:

Samstag, 26. Jan. Abth. B. 32. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Was ihr wollt“, Lustspiel in 5 Akten von Shakspeare. Uebersetzt von Schlegel. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 25. Jan. 1901.

Mit zunehmender Tiefe ist die Depression, welche gestern im hohen Nordwesten erschienen war, bis zur mitteleuropäischen Küste weiter gezogen; zugleich hat sie ihren Wirkungskreis auf ganz Mitteleuropa ausgedehnt, indem sie den hohen Druck nach dem Süden verdrängt hat. Das Wetter ist deshalb neuerdings trüb, mild und regnerisch. In Siebenbürgen herrscht noch immer strenge Kälte (Hermannstadt -11°). Eine wesentliche Witterungsänderung ist nicht zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Wimmel
Januar						
24. Nachts 9 ⁰⁰ U.	757.3	3.3	5.1	88	SW	bedeckt
25. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	758.5	6.2	5.6	79	„	„
25. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	757.9	8.0	6.4	81	„	„

1) Regen.
 Höchste Temperatur am 24. Januar: 3.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 2.7.

Niederschlagsmenge des 24. Januar: 0.0 mm.
 Wasserstand des Rheins. Mainz, 25. Jan.: 2.78 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Reig in Karlsruhe.

COLOSSEUM

Samstag den 26. Januar: **! Sonntag den 27. Januar:**
Vorstellung. Zwei Vorstellungen.

Anfang 8 Uhr. Anfang 4 und 8 Uhr.

In beiden Vorstellungen:

Karlsruhe auf Stelzen. 762

Unfall- u. Haftpflichtversicherung.

Große deutsche Versicherungs-Gesellschaft sucht gegen hohe Beiträge einen

General-Agenten.

Tüchtigen Inspektoren bietet sich Gelegenheit zu selbstständiger Position; auch können General-Agenten anderer Branchen sich hohes Einkommen verschaffen.
Offerten unter L. 6270 b an Haasenstein & Vogler, A. G., Frankfurt a. M.

Holzversteigerung.

Groß. Forstamt Mittelberg (Ettlingen) versteigert unter den üblichen Bedingungen

Montag den 4. Februar 1901, Vormittags 11^{1/2} Uhr,

in der Marzeller Mühle aus Abtheilung 79 u. 80 Oberlosterwald: 399 Nadelholzstämme, 42 dto. Altschichte, 89 dto. Altschichte und 6 Eichen IV. u. V. 1 Ster tannenes Spaltholz, 4 Ster Buchenes, 67 Ster tannenes, 4 Ster gem. Scheitholz, 30 Ster meist tannene Prügel, 17 Ster gem. Reisprügel und 360 tannene Prügelwellen.

Sodann aus Abth. 1, 2, 3, 20 (Mittelberg), 30, 39, 48, 62, 63 (Großlosterwald), 76 (Oberlosterwald), 94 (Unterwald), 97 (Tannwald) Nadelholz: 180 Stück Bauholz IV. u. V., 47 Baustrangen I., 1766 Baustrangen II., 933 Jagstrangen, 229 Baumstämme, 980 Hopfenstrangen I., 845 dto. II., 955 dto. III., 1340 dto. IV., 2780 Reb- und 1435 Bohnensteden, 11 tannene Wagnersstrangen.

Sämmtliches Holz ist an guten Abfuhrwegen gelagert. 743.1 Die Forstwärter Kraß (Mittelberg), Eißele (Burbach), Schurr (Marzell), Kunz und Luderer (Schielberg) zeigen das Holz vor und fertigen Auszüge aus den Aufnahmslisten.

Holz-Versteigerung.

Karlsruhe. Aus dem Domänenmaldistrikt Neupforzertopf des Forstbezirks Karlsruhe werden mit Ziel auf 1. November 1901 loseweise versteigert:

Montag den 4. Februar 1901, Vormittags 9 Uhr,

im Rathhause in Eggenstein: 8 Sägen, 3 Wagnersstrangen, 66 Eichen, 50 Buchen, 3 Ahorne, 1 Birke, 4 Roth-erlen, 92 Pappelsäggstämme, 1 Weiden-säggstamm, 2 Forstentlasten, 5 Ster eichene, 4 rufene und 4 Ster erlene Nadelholzrollen, 200 Ster forstene Prügel, 13 Ster Eichenstochholz, 3100 Buchene und 8900 forstene Wellen, 1 Loos gegrabene Forstentlasten und 8 Loos Schlagraum. 772.1

Bürgerliche Rechtsstreite.

751.2. Nr. 296. Konstantz. Die Ehefrau des Zimmermanns Karl König, Sophie geb. Krog zu Arten, vertreten durch Rechtsanwalt Jung in Konstantz, klagt gegen ihren genannten Ehemann, z. Bt. an unbekanntem Orten, wegen böswilliger Verlassung und grober Mißhandlung mit dem Antrage auf Scheidung ihrer Ehe mit dem Befehle, daß der Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Groß. Landgerichts zu Konstantz auf

Mittwoch den 6. März 1901, Vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Konstantz, den 9. Januar 1901. Dr. Hafner.

Verichtschreiber des Gr. Landgerichts.

Labung.

709.1. Nr. 716. Gengenbach. Der Gastwirt Emil Schaidle in Offenburg, Prozeßvollmächtigter: Rechtskonsulent R. Bodemer daselbst klagt gegen den Karl Bruder ledig, früher zu Dilsbach, z. Bt. an unbekanntem Orten, unter der Behauptung, daß ihm der Beklagte aus Darlehen in der Zeit vom 10. Oktober 1898 bis 17. Oktober 1898 116 M. schulde, mit dem Antrage auf Beurteilung des Beklagten durch für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urtheil zur Zahlung von 116 M. nebst 5% Zins hieraus vom 18. Oktober 1898.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht zu Gengenbach auf

Mittwoch den 6. März 1901, Vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Gengenbach, den 21. Januar 1901. Verichtschreiber des Gr. Amtsgerichts. Willi.

Angebot.

627.2. Nr. 1480. Mannheim. Das Groß. Amtsgericht Abtheilung V hier hat folgendes Angebot erlassen: Die Franz Jakob Förderer Wwe., Margaretha geb. Weidner von Walsch hat beantragt, ihre verfallene, am 4. Februar 1856 in Malisch geborene Tochter Pauline Förderer, geschiedene Ehefrau des Jakob Wilsch, zuletzt verheiratet mit August Wilsch, in Brooklyn, für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verfallene wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, 26. September 1901, Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verfallenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Mannheim, den 15. Januar 1901. Verichtschreiber Gr. Amtsgerichts V. Stroß.

Angebot.

659.1. Nr. 1785 II. Mannheim. Das Groß. Amtsgericht hier Abtheilung V hat folgendes Angebot erlassen: Emil Tünkers, Schloffer, und Heinrich Huber, Ehefrau, Magdalen, geb. Huber hier, haben beantragt, ihren verfallenen, 1840 hier geborenen Bruder, Georg Huber, Vergolder, Sohn des verfallenen Karl August Huber, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verfallene wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, 3. Oktober 1901, Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verfallenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Mannheim, den 18. Januar 1901. Der Verichtschreiber Gr. Amtsgerichts: Stroß.

Angebot.

757.1. Nr. 1815. Baden. Der Landwirt Friedrich Reinhold in Halberstadt hat beantragt, den verfallenen Gregor Reinhold, geboren am 17. November 1830 zu Halberstadt, zuletzt wohnhaft in Halberstadt, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verfallene wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf Freitag den 18. Oktober 1901, Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verfallenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Baden, den 15. Januar 1901. Der Verichtschreiber: J. B. Weislich u. H.

Angebot.

710.2. Breiten. Die Johann Genannt Ehefrau, Luise, geborene Gerweck in Bauerbach, hat den Antrag auf Todeserklärung des verfallenen, am 11. Juli 1818 geborenen, zuletzt im Inlande in Bauerbach wohnhaft gewesenen Lorenz Gerweck gestellt. Der Verfallene wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch den 2. Oktober 1901, Vormittags 9 Uhr,

bestimmten Aufgebotsstermin bei dem unterzeichneten Gerichte zu melden,

widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Alle diejenigen, die Auskunft über Leben oder Tod des Verfallenen zu erteilen vermögen, werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermin anber Anzeige zu machen.

Breiten, den 17. Januar 1901. Groß. Amtsgericht. Straub.

Angebot.

594.2. Nr. 1330. Offenburg. Ortskrankenkassenrechner Ludwig Haag hier hat beantragt, den verfallenen Johann Egg, geboren am 19. Januar 1821 in Griesheim und zuletzt wohnhaft daselbst, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verfallene wird aufgefördert, sich spätestens in dem auf Montag, den 16. September 1901, Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verfallenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Offenburg, den 15. Januar 1901. Groß. Amtsgericht: ges. Merfel.

Angebot.

747. Nr. 985. Philippsburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Anton Racle Eheleute in Oberhausen betr.

Zur Beschlußfassung über die Wahl eines neuen Konkursverwalters an Stelle des Konkursverwalters Gerichts-vollzieher a. D. Schön, der sein Amt niedergelegt hat, und zur Abnahme der Schlussrechnung des Konkursverwalters, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen wird eine Gläubigerversammlung auf:

Freitag den 8. Februar 1901, Vormittags 9 Uhr,

anberaumt, wozu die Gläubiger geladen werden unter dem Hinweis, daß die nicht erschienenen Gläubiger an die Beschlässe der erschienenen Gläubiger gebunden sind.

Philippsburg, den 23. Januar 1901. Groß. Amtsgericht: ges. Grob.

Vorstehende Ausfertigung stimmt mit der Urchrift überein.

Der Verichtschreiber Gr. Amtsgerichts: 731. Nr. 1408. Konstantz. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Heinrich Welter in Allensbach ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf:

Montag den 4. Februar 1901, Vormittags 9 Uhr,

vor dem Groß. Amtsgerichte hier selbst anberaumt.

Konstantz, den 22. Januar 1901. Verichtschreiber des Gr. Amtsgerichts: Freiwilliche Gerichtsbarkeit.

684. Nr. 771. Philippsburg. Die durch Beschluß Groß. Amtsgerichts d. d. 11. Juli 1895 Nr. 5513 angeordnete, vom 1. Januar 1900 an als Entmündigung behandelte Verheiratete des Josef Albert Rothenberger von Rheinstetten wegen Verschwendung wird aufgehoben. Der Antragsteller hat die Kosten dieses Verfahrens zu tragen.

Philippsburg, den 16. Januar 1901. Groß. Amtsgericht: ges. Grob.

Dies veröffentlicht: Reinhard.

756. Nr. 976. Eberbach. Ueber den Nachlaß des Schreiners Johann Karl Gramlich von Wagenschwend wird die Nachlassverwaltung angeordnet und Nachlassverwalter Karl Ludwig Banisch von Wagenschwend als Nachlassverwalter ernannt.

Eberbach, den 24. Januar 1901. Groß. Amtsgericht: ges. König.

Dies veröffentlicht: Straßrechtspflege.

630.3. Mannheim. Friedrich Bach, Tagelöhner, geb. am 3. August 1874 in Schriesheim, z. Bt. unbekannt wo, ist beschuldigt, daß er als beurlaubter Referivist ohne Erlaubniß ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 R. Str. G. B.

Derfelbe wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts — Abth. XII — hier selbst auf

Freitag den 15. März 1901, Vormittags 9 Uhr

vor das Gr. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derfelbe auf Grund der nach § 472 Str. P. Ordg. von dem Rgl. Bezirkskommando hier ausgesetzten Erklärung vom 20. Dezember 1900 verurtheilt werden.

Mannheim, den 27. Dezember 1900. Der Verichtschreiber des Gr. Amtsgerichts: Dietrich.

Labung.

759.1. Nr. 2203. Mannheim. Der Metzger Philipp Peter Hanf, geb. am 17. Februar 1872 in Schriesheim, zuletzt wohnhaft in Schriesheim, z. Bt. unbekannt wo, ist beschuldigt, daß er als beurlaubter Landwehrmann 1. Aufgebots ohne Erlaubniß ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 R. Str. G. B.

Derfelbe wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts — Abth. XII — hier selbst auf

Samstag den 30. März 1901, Vormittags 9 Uhr,

vor das Groß. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derfelbe auf Grund der nach § 472 Str. P. Ordg. von dem Rgl. Bezirkskommando hier ausgesetzten Erklärung vom 14. Januar 1901 verurtheilt werden.

Mannheim, den 18. Januar 1901. Der Verichtschreiber Gr. Amtsgerichts: Dietrich.

Labung.

629.3. Nr. 1034. Mannheim. Der am 7. April 1868 zu Saarbrücken geborene Erbsch. Metzger Hermann Weller, Kaiser, zuletzt wohnhaft in Mannheim z. Bt. unbekannt wo, wird beschuldigt, daß er als beurlaubter Erbsch. Metzger ohne Erlaubniß ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 R. Str. G. B.

Derfelbe wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts — Abth. IX — hier selbst auf

Mittwoch den 13. März 1901, Vormittags 8^{1/2} Uhr

vor das Gr. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derfelbe auf Grund der nach § 472 Str. P. Ordg. von dem Rgl. Bezirkskommando hier ausgesetzten Erklärung vom 15. Dezember 1900 verurtheilt werden.

Mannheim, den 8. Januar 1901. Der Verichtschreiber Gr. Amtsgerichts: Dietrich.

Labung.

628.3. Mannheim. Der Ernst Specht, Gärtner, geb. am 30. Dezember 1874 in Biedern, heimathsberechtigt in Steinmetz, zuletzt wohnhaft in Rosenhof bei Ladenburg z. Bt. unbekannt wo, ist beschuldigt, daß er als beurlaubter Erbsch. Metzger ohne Erlaubniß ausgewandert ist.

Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 R. Str. G. B.

Derfelbe wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts — Abth. XII — hier selbst auf

Freitag den 15. März 1901, Vormittags 9 Uhr

vor das Gr. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derfelbe auf Grund der nach § 472 Str. P. Ordg. von dem Rgl. Bezirkskommando hier ausgesetzten Erklärung vom 28. Dezember 1900 verurtheilt werden.

Mannheim, den 8. Januar 1901. Der Verichtschreiber Gr. Amtsgerichts: Dietrich.

Labung.

758.1. Nr. 4739. Heidelberg. 1. Der am 21. Mai 1871 zu Dornbach geborene, zuletzt in Heidelberg wohnhaft gewesene, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesende led. Bierbrauer Karl Josef Repp,

2. der am 22. Oktober 1859 in Schweigern geb., zuletzt in Heidelberg wohnhaft gewesene, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesende led. Maurer Johann Frank,

3. der am 20. Oktober 1868 zu Baitmannsweller geb., zuletzt in Heidelberg wohnhaft gewesene, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesende led. Fabrikarbeiter Gottlieb Gaile,

4. der am 4. Mai 1862 zu Rindersdorf geb., zuletzt in Eppelheim wohnhaft gewesene, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesende ledige Reinhold Graumüller,

5. der am 12. April 1873 in Knittlingen geb., zuletzt in Heidelberg wohnhaft gewesene, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesende ledige Kaufmann Heinrich Ludwig Schick,

werden beschuldigt

Nr. 1, 2, 3 und 4 als Wehrmann der Landwehr,

Nr. 5 als beurlaubter Referivist ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben.

Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Dieselben werden auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts hier selbst auf

Samstag den 16. März 1901, Vormittags 9 Uhr,

vor das Groß. Schöffengericht Heidelberg zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Bezirkskommando zu Heidelberg ausgesetzten Erklärungen verurtheilt werden.

Heidelberg, den 21. Januar 1901. Fabian, Verichtschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Bereinsregister.

Bruchsal. Zum Vereinsregister Band I O. 3. 3 Seite 13/14 wurde heute eingetragen:

„Museums-Gesellschaft in Bruchsal“. Die Satzung ist am 15. November 1900 errichtet. Als Vorstandsmitglieder sind bestellt die Herren: Königl. Major v. Schweinichen, Redakteur Detlev Weber, Professor Dr. Himmelstern, Königl. Oberzahlmeister Ege, Fabrikant Oskar Fißchel, Groß. Bezirksbauinspektor Lang, Groß. Oberamtsrichter Frey, sämmtliche von Bruchsal.

Bruchsal, den 21. Dezember 1900. Groß. Amtsgericht I.

Mannheim.

652. Nr. 652. Zum Vereinsregister Band I O. 3. 25 wurde eingetragen:

„Mannheimer Schwimmverein von 1900, Mannheim“. Die Satzung ist am 12. November 1900 errichtet.

Julius Müller, Buchdrucker in Mannheim, ist zum Vorstande und Otto Bolker, Techniker in Ludwigsburg a. Rh., zum Vorstandsvorsteher bestellt.

Mannheim, den 10. Januar 1901. Groß. Amtsgericht I.

Bergebung von Bauarbeiten.

Für die Um- und Erweiterungsarbeiten der Universitätsklinik in Heidelberg sollen nachstehende Bauarbeiten im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden.

beranschlagt zu

1. Grabarbeiten 3 488.18

2. Mauerarbeiten a. eigentl. Mauerarbeiten 48 851.40

b. Betonmaße 2 513.72

c. Cementfußböden 2 718.92

3. Zimmerarbeiten 6 387.71

4. Schmelzarbeiten 2 192.—

5. Malerarbeiten 3 123.15

6. Blecharbeiten 2 869.07

7. Schieferarbeiten 2 936.62

8. Abtheilung 600.—

Arbeitsauszüge werden vom 25. Januar d. J. an in der

Stellenliste des Vereinsregister Band I O. 3. 25

postmässig verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei bei uns einzureichen.

Heidelberg, den 22. Januar 1901. Groß. Bezirksbauinspektion.

Wasserversorgung Kastatt.

Der Gemeinderath vergibt die Herstellung des Pumpenschachtes und der Maschinenfundamente für die Pumpsation obiger Wasserversorgung bestehend in

Erdbarbeiten 850 cbm, Betonarbeiten 470 cbm, Eisenarbeiten 14 900 kg, Wandverkleidungsarbeiten 450 qm.

Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Pumpsation Kastatt“ versehen bis längstens

Freitag den 5. Februar 1. J. 1901, Vormittags 10 Uhr,

an den Gemeinderath Kastatt einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt mit der angegebene Zeit auf dem Rathhause in Kastatt.

Pläne und Vertragsbedingungen mit Angebotsformularen liegen auf dem Geschäftszimmer der Groß. Wasser- und Straßenbauinspektion Kastatt zur Einsichtnahme auf. — Vertragsbedingungen und Angebotsformulare können von der Inspektion unentgeltlich bezogen werden.

Eine Abgabe von Plänen nach Auswärts findet nicht statt.

Kastatt, den 17. Januar 1901. Der Gemeinderath: Bräunig, Beder.

763.1. Nr. 779. Mannheim. Die Verlängerung der Raimauer, nördlich des Speichers der badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport, am Stufen des Mühlauhafens in Mannheim soll im Wege des schriftlichen Angebots vergeben werden.

Pläne, Bedingungen und Verbindungsanschlüsse liegen auf meiner Kanzlei zur Einsichtnahme auf. Pläne werden nicht abgegeben.

Die Verbindungsanschlüsse, in welche die Einzelpreise mit Zahlen und Worten einzutragen sind, sollen versiegelt und mit der Ueberschrift:

„Angebot auf die Verlängerung der Raimauer im Mühlauhafens in Mannheim“ versehen, spätestens bis zum 6. Februar 1901, Vormittags 11 Uhr, bei mir eingereicht werden.

Zuschlagsfrist: drei Wochen. Mannheim, den 23. Januar 1901. Der Groß. Bahnbaupinspektor.